

# Das Regierungsprogramm – eine Meisterleistung der Marketingabteilung

Michael Diettrich

Wenn dieser Artikel erscheint, sind die üblichen 100 Tage Schonfrist für eine neue Regierung abgelaufen und sie hat ihr erstes Budget präsentiert. Man darf folglich fragen, was sie in dieser Zeit zustande gebracht hat. Meine Antwort: Sie hat viele Posten in staatlichen Institutionen und staatsnahen Betrieben umgefärbt, die Aufhebung des Rauchverbots in die Wege geleitet, ein Budget vorgelegt, das in erster Linie von den Maßnahmen der Vorgängerregierung profitiert und in dem die groß angekündigten Leuchtturmprojekte bestenfalls als Teelichter zu erkennen sind. Vor allem aber hat sie quasi im Wochentakt viele, sehr vage Ankündigungen gemacht. Man kann die neue Regierung folglich weiterhin nicht wirklich an ihren Taten messen, sondern muss sich auf die Worte beschränken. Derer gibt es viele im Regierungsprogramm und es lohnt sich, dem Geist nachzuspüren, der den „neuen Weg“ „zurück an die Spitze“ und die „neue Gerechtigkeit“ durchzieht. Tun wir das also und werfen wir dabei auch den einen oder anderen Blick auf das Wahlprogramm der ÖVP, das den „neuen Stil“ besser widerspiegelt als das Regierungsprogramm oder das doch eher einfach gestrickte Wahlprogramm der FPÖ.

## Perfektes Marketing, aber kein Plan

Man muss neidlos anerkennen, dass die Kampagne der türkisen ÖVP zur Nationalratswahl ein Beispiel perfekten Marketings war: Selten wurde eine Katze im Sack so gut an den Mann bzw. die Frau gebracht. Ein geradezu genialer Marketing-Gag war die zentrale politische Forderung der Kampagne, die Senkung der Abgabenquote in „Richtung 40 Prozent“. Was die wenigsten wissen: Bei guter Konjunktur liegt die Abgabenquote in Österreich regelmäßig „in Richtung 40 Prozent“, zuletzt 2007 bei 40,6 Prozent. D.h., dass die türkis-blaue Regierung in den nächsten zwei Jahren, in denen keine gravierenden Wirtschaftseinbrüche zu erwarten sind, auf eine sinkende Abgabenquote verweisen und als „Erfolg“ ihrer Politik verkaufen kann – ganz egal, was sie tut. Gleiches gilt auch für die Schuldenquote, die „in Richtung

70 %“ gesenkt werden soll: Der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt (die Schuldenquote) sinkt, wenn die Wirtschaft wächst – selbst wenn man neue Schulden macht. 70 Prozent sind da nicht einmal sonderlich ambitioniert: Die Hälfte des Wegs war schon vor Amtsantritt der neuen Regierung zurückgelegt, 2006 betrug die Schuldenquote sogar nur um die 60 Prozent. Auch hier ist also der „Erfolg“ dieser Regierung schon mal garantiert.

In Wahlslogans wie „Es ist Zeit“, „Tun, was richtig ist“ oder „Österreich zurück an die Spitze“ (der österreichischen Variante von „America first“) konnte sich jeder und jede hineinwünschen, was er oder sie wollte. Das Ganze noch garniert mit ein paar Aufreißern für die WählerInnengruppen, die man besonders ansprechen wollte: Dem Zeitgeist folgend sollten die illegale Zuwanderung gestoppt und die Sozialleistungen für Flüchtlinge sowie die Mindestsicherung gekürzt werden, für jedes in Österreich lebende Kind wurde eine Steuergutschrift angekündigt und für die SpenderInnen aus Wirtschaft und Industrie gab es die Senkung der Körperschaftssteuer und der Lohnnebenkosten. 31 Prozent der WählerInnen machten diese Wunsch-Dir-was-Kampagne zu einem Erfolg – Kompliment an die Marketingprofis.

Die Perfektion der Kampagne, die Vieldeutigkeit der programmatischen Aussagen und die großen Zahlen bei der Abgabentlastung und ihrer Gegenfinanzierung (10 bis 14 Mrd. Euro) nährten zumindest bei mir den Verdacht, es gebe einen ausgeklügelten Plan, der nach gewonnener Wahl präsentiert und die Republik verändern wird. Nach zweimonatigen Regierungsverhandlungen zwischen zwei Parteien, die sich programmatisch nicht viel unterschieden, war ich dann doch überrascht: Nein, da gibt es keinen Plan! Das 180-seitige Regierungsprogramm ist eher noch unklarer als die Wahlprogramme und besteht im Wesentlichen aus einer Ansammlung von neoliberalen Geschwätz, das in wohlgefälligen Marketingsprech verpackt ist. Eine wichtige Rolle im Marketingkonzept des „neuen Stils“ spielen auch die braunen Sprenkel, mit denen die FPÖ das Hauptgericht serviert: Empörungswellen beim politischen Gegner sind garantiert und „wir werden uns noch wundern, was alles möglich ist“, während sich das mediale Interesse auf die Rülpsen irgendeines Burschenschaftlers oder des Herrn Kickl „konzentriert“.

## Wirtschafts- und finanzpolitisches Geschwätz

Wie viel altbackener Plunder aus der Schüssel-Ära hier im neuen Gewand präsentiert wird, springt einen vor allem in den wirtschafts- und finanzpolitischen Passagen geradezu an. Mit Blick auf die Aussagen zur Unternehmensbesteuerung konstatiert der Steuerexperte Werner Doralt nüchtern: „Schon im Wahlprogramm der ÖVP und jetzt auch im Programm der türkis-blauen Regierung finden sich Behauptungen, die einfach nicht stimmen. (...) Es mag verschiedene Gründe geben, Steuern zu senken, aber die Behauptung, wir hätten den höchsten Steuersatz unter den Nachbarländern, zeugt von Unwissenheit und fachlicher Inkompetenz. (...) Man fragt sich, ob die Volkspartei die Steuerpolitik von Laien konzipieren lässt.“

In der Tat wird man das Gefühl nicht los, bei den Themen Wirtschaft und Steuern seien Menschen am Werk gewesen, die Anfang der 1990er-Jahre irgendein ökonomisches Stu-

dium absolviert und dabei den damals auch in Österreich aufblühenden neoliberalen Zeitgeist aufgesogen haben. Dass sich dann in der Folgezeit alle neoliberalen Versprechungen und Modelle als falsch erwiesen haben und der völlige Zusammenbruch im Jahr 2008 nur durch massive Interventionen der angeblich wirtschaftlich völlig unfähigen Staaten verhindert wurde, müssen diese Schreiberlinge auf irgendeiner fernen Insel verschlafen haben. Nur so ist zu erklären, dass sie im Jahr 2017 wohl ihre Seminararbeiten aus den frühen Neunzigern wieder herausgeholt und im ÖVP-Wahlprogramm bzw. im Regierungsprogramm verarbeitet haben. Richtig putzig ist es z.B., wenn ausgerechnet die Partei mit der quasi angeborenen Wirtschaftskompetenz die Entstehung des Unternehmertums ungefähr auf die Zeit 160.000<sup>2</sup> v. Chr. datiert: „Unternehmerinnen und Unternehmer gibt es schon, solange es Menschen gibt. Meistens waren es bäuerliche oder handwerkliche Betriebe...“<sup>3</sup> Auch wenn diese historische Herleitung des Unternehmertums im Stile einer Erstsemesterarbeit sicherlich keine tagespolitische Relevanz besitzt: Sie provoziert doch die Frage, ob eine Partei, die solch hanebüchenen Unsinn in ihr Wahlprogramm schreibt, wirklich weiß, was eine Marktwirtschaft ist und wie sie funktioniert.

Ein weiteres herausragendes Beispiel grenzenloser Einfalt und Naivität im Wahlprogramm der ÖVP ist auch das Kapitel „Internationale Geldpolitik – wir reden mit“.<sup>4</sup> In einem wilden Parforceritt werden da mal eben die geld- und währungspolitischen Konzepte der vergangenen zwei Jahrhunderte abgehandelt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass es sich um ein Wahlprogramm und nicht um eine wissenschaftliche Abhandlung

100 JAHRE REPUBLIK ÖSTERREICH = ZUR SCHIEFLAGE DER NATION

# Kom pro miss geburt

BORNING.CC



**POPUPSHOP\***  
Freitag, 11. Mai 17-20 Uhr  
Samstag, 12. Mai 10-16 Uhr

**VALENTINI**  
Schuhe & Taschen



\*wolfff bei Valentini Schuhe:  
temporäre Bühne für handgefertigte textile Unikate

handelt, ist die Ansammlung von Platituden in diesem Kapitel eine Zumutung. Was soll bspw. die Klage, Österreich habe mit der „Übertragung der Souveränität“ über die Währungspolitik an die EZB „viel Mitspracherecht verloren“? Mein Gott, das ist nun mal das Wesen einer Währungsunion! Und dass ausgerechnet die ÖVP bei den geldpolitischen Entscheidungen der EZB mitreden will, ist einfach nur peinlich: Immerhin ist die politische Unabhängigkeit von Zentralbanken ein fester Bestandteil der wirtschafts- und finanzpolitischen Grundüberzeugungen der ÖVP. Offenbar haben die Marketingexperten da etwas durcheinander gebracht.

Wer über so wenig geld- und finanzpolitisches Wissen verfügt, wie es in diesem Kapitel zum Ausdruck kommt, sollte besser schweigen, statt mitreden zu wollen. Letztlich beschränkt sich die finanzpolitische Kompetenz dieser Regierung auf das Produzieren von Stehsätzen. Natürlich darf im Regierungsprogramm die Feststellung nicht fehlen, dass der Schuldenberg jedes Jahr weiter wächst (S. 4). Und genauso selbstverständlich wird dann in der nachfolgenden Aufzählung nahegelegt, wer oder was dafür verantwortlich ist: „Wir sind Weltmeister im Regulieren“, „unser Sozialsystem ist in eine Schieflage geraten“, „es gibt nur noch wenige Anreize zu arbeiten“ und „immer mehr Menschen wandern in unser Sozialsystem zu“. Das kann man entweder als groben Unfug oder manipulative Verdrehung bezeichnen: In jedem Konjunkturbericht der OeNB der letzten Jahre konnte man schließlich nachlesen, dass der Verschuldungszu-

wachs der Republik Österreich seit 2008 zum allergrößten Teil auf diversen Bankenrettungspaketen beruht. Was dann noch übrig bleibt, lässt sich bedenkenlos auf eine miserable Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückführen, die in Folge der Finanzkrise von den dafür zuständigen ÖVP-MinisterInnen vom Zaun gebrochen wurde. Auf den Punkt gebracht: Die österreichischen Staatsschulden sind vor allem deshalb so hoch, weil der Staat mit seiner überbordenden Bürokratie, der sich dem neoliberalen Credo zufolge am besten völlig von jeglichem Marktgeschehen fernhalten und den ach so effizienten Markt nicht stören sollte, 2008/2009 massiv in den Markt eingreifen musste, um den Scherbenhaufen des neoliberalen Desasters wegzuräumen. Mit ausufernden Sozialleistungen und dem Weltmeistertitel im Regulieren hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun!

### Das neue Paradigma: der marktkonforme Sozialstaat

Neben solchem Unfug finden sich im Regierungsprogramm allerdings auch einige Paradigmenwechsel, die eher unauffällig und beiläufig daherkommen, aber weitreichende Auswirkungen haben werden. Einer gruppiert sich um den Begriff der Leistung: Aus der Feststellung, Österreich habe „im internationalen Vergleich ein Steuersystem, welches Leistung zu wenig honoriert“ (S. 125) leitet sich eine Politik ab, die „die Fleißigen“ belohnt (S. 7), „Leistungswillen und die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko“ fördert (S. 9) und auch die „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik am Leitsatz Integration durch Leistung“ orientiert (S. 39). „Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden“ (S. 9) – ein Postulat, das dem Zeitgeist entspricht und nicht nur im Ländle auf große Zustimmung stoßen dürfte.

Die Frage ist nur, von welcher „Leistung“ da die Rede ist. Laut Regierungsprogramm wird „Leistung (...) in vielfältigen Zusammenhängen erbracht: in den Familien, in Bildung und Beruf, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Vereinen oder im Ehrenamt“ (S. 9). Ein Blick auf die ersten Ankündigungen zur Förderung des Leistungswillens zeigt allerdings, dass nicht jede Leistung wirklich relevant ist. Beim Familienbonus Plus (Steuergutschrift in Höhe von € 1.500 pro Kind und Jahr) reicht es bspw. nicht aus, Familie zu sein und Kinder zu erziehen: Ein Viertel der Erwerbstätigen hat nämlich überhaupt keinen Anspruch auf einen Familienbonus, weil es keine Lohnsteuern zahlt. Und den vollen Bonus für zwei Kinder kann man nur ausschöpfen, wenn man zur oberen Hälfte der EinkommensbezieherInnen gehört und so viel Lohnsteuer zahlt, dass sich eine Gutschrift von € 3.000 ausgeht. Die Leistung, die hier belohnt wird, ist folglich nicht die Familienleistung, sondern die Lohnsteuerleistung. Dass Fleiß alleine nicht ausreicht, sondern in Wirklichkeit die Lohnsteuerleistung gemeint ist, konnte man übrigens auch schon im Wahlprogramm der ÖVP nachlesen: Nur „jene, die fleißig arbeiten **und** ihre Steuern zahlen, erhalten unser System aufrecht“ (S. 68).

In letzter Konsequenz ist damit das entscheidende Leistungskriterium, das über Belohnung oder Bestrafung entscheidet, das Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Das aber hat nur zu einem geringen Teil mit individueller Leistung oder Fleiß zu tun. In einer Marktwirtschaft entscheidet über den Preis einer Ware nicht der Aufwand, der zu ihrer Herstellung geleistet wurde, sondern die Knappheit der

Ware auf dem Markt. Das gilt selbstverständlich auch für den Arbeitsmarkt und die Ware Arbeitskraft. Gering qualifizierte Arbeitskräfte können noch so fleißig sein, sie werden nicht viel verdienen, weil es von ihnen mehr gibt, als nachgefragt werden. Selbst akademische Bildungsleistung hilft da wenig, wenn sie für einen Beruf erbracht wurde, nach dem es keine Nachfrage gibt – die „Generation Praktika“ kann ein Lied davon singen. Letztlich entscheidet nicht in erster Linie die individuelle Leistung über die „Belohnung“, sondern die mehr oder weniger willkürliche und individuell nicht beeinflussbare Nachfragesituation auf dem Markt.

Genau deshalb war es ein wesentliches Anliegen des Sozialstaates klassischer Prägung, nicht nur „jenen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können“<sup>5</sup>. Darüber hinaus sollte durch die Umverteilung mittels Abgaben und Sozialtransfers ein Ausgleich für diese Marktwillkür geschaffen und der Ungleichverteilung der Markteinkommen entgegen gewirkt werden. Dieser Ausgleich ist aktueller denn je: Zwischen 2000 und 2010 hat sich die Ungleichverteilung der Markteinkommen erheblich verschärft und aktuell entfallen auf das unterste Drittel der österreichischen Haushalte lediglich 12 Prozent des erzielten Erwerbseinkommens, auf das mittlere 28 Prozent und auf das oberste 60 Prozent.<sup>6</sup> Nach dem sozialstaatlichen Umverteilungsprozess ist der Einkommensanteil des unteren Drittels der Haushalte um fast 7 Prozentpunkte und jener des mittleren um 2¼ Prozentpunkte höher als vor der Umverteilung, der Anteil des oberen Drittels um gut 9 Prozentpunkte niedriger.<sup>7</sup> In Summe hat derzeit also gut die Hälfte der Haushalte mehr im Börserl als es ihrem Anteil an den Erwerbseinkommen entspräche.

Insofern ist das, was da so plakativ und eingängig im Regierungsprogramm als „neue Gerechtigkeit“ postuliert wird, nichts anderes, als der „marktkonforme Sozialstaat“, der diejenigen belohnt, die von den Zufälligkeiten des Marktes eher weniger betroffen sind. Wie sich das im Detail darstellt, werden wir in einem Folgebeitrag beleuchten. ■

<sup>5</sup> Gastkommentar in DIE PRESSE vom 10.01.18, Unternehmenssteuer: Ist das der „neue Weg“?

<sup>6</sup> Die ältesten Knochenfunde des Homo sapiens sapiens datieren in die Zeit 160 bis 200 Tausend v. Chr.

<sup>7</sup> Das Programm der Liste Kurz und der neuen ÖVP zur Nationalratswahl, Teil 1, S. 27

<sup>8</sup> ebenda, S. 38

<sup>9</sup> Regierungsprogramm, S. 5

<sup>10</sup> Silvia Rocha-Akis, Umverteilung durch den Staat Österreich, 03.06.2016, S. 1

<sup>11</sup> Guger, Alois u. Rocha-Akis, Silvia, Umverteilung durch den Staat Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 2016/8, S. 341